

# «Investieren statt sanieren»

Betriebswirtschaftlich rentabel wird ein Landesspital nie sein. Trotzdem will man es sich leisten. Jetzt geht es nur noch ums Wie und Wo.

Desirée Vogt

Ein nicht ganz unwichtiger Fakt: Würde man die Meinung vertreten, dass Liechtenstein kein eigenes Landesspital benötigt, könnte es nicht einfach geschlossen werden. Schliesslich ist per Gesetz vorgeschrieben, dass das Land ein solches zu betreiben und ihm eine Immobilie zur Verfügung zu stellen hat. Aber dieses Gesetz abzuschaffen, kommt für niemanden in Frage. Die Hauptargumente für ein eigenes Landesspital sind souveränitätspolitischer aber auch volkswirtschaftlicher Natur. Und mit der festen Überzeugung vorgebracht, dass der Nutzen für das Land am Ende grösser ist, als die aus dem Betrieb entstehenden Kosten.

## Zweifel an der Bereitschaft zur Kooperation mit Grabs

Eigentlich drehte sich gestern im Landtag alles nur noch darum, ob nun gewissen Aussagen Glauben geschenkt werden kann oder Berechnungen tatsächlich stimmen. Hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini in Gesprächen der St. Galler Regierungsrätin Heidi Hanselmann wirklich alles getan, um eine Kooperation mit Grabs anzustreben? Ist das alte Spitalgebäude wirklich so marode, dass die Qualität nicht mehr gewährleistet werden kann? Und will man sich mit

65,5 Mio. Franken einfach eine Luxusbaute gönnen?

Für die Freie Liste und die DU-Abgeordneten war der Fall klar: Das ist eine Mogelpackung gegenüber dem Steuerzahler, der bereits 2011 Nein zu einem neuen Landesspital gesagt hat. Und obwohl der Trend im Spitalbereich hin zu Kooperationen geht, wurde das Gespräch mit Hanselmann nicht mit genug Nachdruck gesucht. Ebenfalls ein Vorwurf: Man könne nicht zuerst ein Gebäude erstellen, bevor man sich im Klaren sei, welche Leistungen darin angeboten würden. «Mit einem neuen Gebäude allein ist es nicht getan. Ein finanzielles Debakel ist absehbar», ist FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann überzeugt.

Für DU-Chef Harry Quaderer hat sich seit dem Jahr 2011 nichts Wesentliches verändert, weshalb er die neuerliche Vorlage zum Neubau eines Landesspitals als «Affront» sieht. Man komme wieder mit den «gleichen, aufgewärmten Argumenten». Quaderer ist zudem überzeugt: «Das bestehende Spitalgebäude ist nicht so auffällig, wie man versucht, uns weiszumachen. Oder laufen die Patienten dort Gefahr, dass ihnen das Dach auf den Kopf fällt?» Er sage Ja zu einem eigenen Spital, aber so, wie es sich die Bevölkerung im Rahmen der Abstimmung im Jahr 2011 gewünscht



Will keine weiteren Millionen in das bald 40-jährige, marode Gebäude stecken, sondern neu investieren: Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini.

Bild: Archiv/Daniel Schwendener

haben. Demnach seien auch Kooperationen auszubauen und das Leistungsangebot sei in den regionalen Markt einzubetten. «Sie können mir nicht weismachen, dass Sie keine Verhandlungsbasis haben», ist er überzeugt. «In dieser sich wandelnden Zeit, in der sich die Spitallandschaften drastisch verändern, wäre ein Gespräch mit Frau Hanselmann ein Einfaches. Man muss es nur wollen.» Diese Ansicht vertritt auch Georg Kaufmann: «Ich zweifle daran, dass die Koope-

ration mit Grabs wirklich geprüft wurde.»

## Abgeschreckt von den Folgekosten

Weiterer Kritikpunkt: die Kosten. Diese wurden vor allem von den beiden VU-Abgeordneten Gunilla Marxer-Kranz und Christoph Wenaweser als Grund für die Ablehnung des Verpflichtungskredits vorgebracht. «Dieser Betrag für unser Landesspital ist zu hoch. Und je teurer man baut, desto höher werden die Folgekosten

sein», ist Marxer-Kranz überzeugt. Damit sie einem Verpflichtungskredit ihre Zustimmung erteilen könne, würden ihr als Laie aber konkrete Vergleichszahlen fehlen, mit denen sie abschätzen könne, dass die vorliegenden Beträge und Grössenverhältnisse fundiert vertretbar und nicht übertrieben seien. Schlimmer als die auf Liechtenstein zukommenden jährlichen Kosten für die Erhaltung eines eigenen Spitals sei für sie bei geringen Fallzahlen aber die fehlende Möglich-

keit für die Ärzte, aufgrund fehlender Übung die Qualität beibehalten zu können. «Es gilt daher, gut zu überlegen, ob wir uns und vor allem unseren Nachkommen eine solche Last aufbürden möchten.»

## «Die Millionen müssen wir so oder so ausgeben»

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini betonte, dass die Regierung nie davon ausgegangen sei, dass sich ein Landesspital finanziell selbst tragen könne. Weder heute noch morgen. Dennoch ist er überzeugt: Eine Schliessung des Spitals ist keine Option. Und die auf das Land jährlich zukommenden Kosten in Höhe von 5 bis 6 Millionen seien – im Vergleich zu anderen Ausgaben – trag- und vertretbar. Man müsse den Gesamtnutzen eines eigenen Spitals gegenüberstellen. Neben souveränitäts- und volkswirtschaftlichen Gründen sei es wichtig, dass Liechtenstein frei in seinen Entscheidungen bleibe. Leiste sich das Land kein eigenes Spital, müssten die Millionen trotzdem bezahlt werden. «Und gleichzeitig verlieren wir noch Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit.» Das Landesspital sei zudem nicht einfach ein weiteres Spital in der Region. «Sondern das Zentrum der Gesundheitsversorgung in Liechtenstein.»

# Niemand für Strassenverlegung in Schaanwald

So einig ist sich der Landtag selten: Kein Abgeordneter stimmte für den 4,7-Millionen-Verpflichtungskredit für die Umfahrung.

Angesichts des negativen Stimmungsbilds, das die Informationsveranstaltung in Schaanwald vergangene Woche ans Licht brachte, stand die Landtagsdebatte über den Verpflichtungskredits von 4,7 Millionen Franken für die Verlegung der Vorarlbergerstrasse entlang der Westseite des Mehrzweckgebäudes Zuschg schon von vornherein unter keinem guten Stern. Wie viele der damals anwesenden Landtagsabgeordneten betonten, bestand der Konsens darin, dass sich der Wind seit der Abstimmung 2007, der dem Weiler seinen eigenen Saal bescherte, um 180 Grad gedreht hat. Die beiden Abstimmungen im Landtag fielen ebenfalls eindeutig aus: 25 Abgeordnete lehnten den Verpflichtungskredit ab, genauso viele befürworteten eine Abschreibung der Motion.

Johannes Kaiser (PF) und Alexander Batliner (FBP), die 2017 den gestern im Landtag behandelten Bericht mit ihrer Motion forcierten, waren sich dieser Kehrtwende bewusst, bemühten sich um einen zweiten Anlauf respektive eine Umstellung des vorgesehenen Bauplans. Ihrer Meinung nach liege der Ball jetzt bei der Gemeinde Mauren. «Erst nach einem Volksentscheid, was im Zentrum von Schaanwald gesche-

hen soll, kann im nächsten Schritt die Strasse verlegt werden», erklärte Kaiser.

## «Gesprächsbedarf» kostet Landtag eine Stunde

Aus diesem Grund beantragten die beiden Abgeordneten eine Rückweisung des Berichts an die Regierung. «Wenn wir gleich darüber abstimmen, könnte uns das zwei Stunden ersparen», meinte Landtagspräsident Albert Frick (FBP) und berief zur Beratung eine zehnmünütige Pause ein. Als er danach verkündete, dass immer noch «Gesprächsbedarf» bestehe und man wie vorgehen mit den Voten fortfahren, war seiner Stimme eine Enttäuschung anzuhören.

«Es mutet mich komisch an, dass die Motionäre den Bericht und Antrag an die Regierung zurückgeben möchten», reagierte der stellvertretende Regierungschef Daniel Risch (VU) auf den Vorschlag. Johannes Kaiser erwiderte, dass die Motion 2017 nichts anderes als eine Erinnerung an den demokratischen Entscheid der Gemeinde Mauren gewesen sei. Dieser wurde angesichts der Sparmassnahmen des Landes zurückgestellt. Harry Quaderer (DU) machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der Strassenverlegung um ein Verspre-



Die von Johannes Kaiser (PF) beantragte Rückweisung der Motion an die Regierung kam nicht durch den Landtag.

Bild: Tatjana Schnalzger

chen der Koalitionsparteien FBP und VU aus dem Jahr 2013 handelt. Eine Stunde nach dem Antrag von Batliner und Kaiser wurde derselbe bei nur neun Ja-Stimmen deutlich abgelehnt.

Argumente, welche letztlich alle Abgeordneten zu einer Abschreibung der Motion führten, wurden vergangene Woche zahlreich genannt. «Zu hohe Kosten, mehr Verkehrsbehinderungen, fehlende Parkmöglich-

keiten, die nicht sinnvolle Verlegung des Bahnhofgebäudes, zusätzliche Emissionsbelastungen, falsche Führung der Busse», wiederholte VU-Fraktions-sprecher Günther Vogt. Parteikollegin Violanda Lanter kommentierte ihre Entscheidung damit, dass man an den Einwohnern vorbei politisiert habe und ein erfolgreiches Referendum wohl «vorprogrammiert» gewesen wäre. Einige

Abgeordnete wünschten sich, dass die Regierung ein aktuelles Stimmungsbild in der Gemeinde eingeholt hätte.

## Daniel Risch: «Mängel können behoben werden»

Da alle Abgeordneten gegen einen Verpflichtungskredit waren, musste man über andere Themen diskutieren, wie den Wunsch für eine gesamtheitliche Verkehrslösung im Unter-

land oder dass für das Mehrzweckgebäude Zuschg – in Aussicht auf die nun ad acta gelegte Strassenverlegung – eine Ausnahmebewilligung ausgestellt wurde. Daniel Risch versicherte, dass man an dem Verkehrsproblem dran sei und die Sicherheitsnormen an der Vorarlbergerstrasse erfüllt werden: «Wir wussten damals schon, dass das Gebäude mehrere Jahre so stehen würde.» Geringe Mängel seien bekannt und könnten bei der nächsten Sanierung behoben werden. Bislang hätte man dies nicht getan, weil man nicht wusste, ob die Strassenverlegung kommt oder nicht. «Einen ruhigen Dorfplatz an der höchstfrequentierten Strasse des Unterlands zu errichten, hört sich für mich wie ein Schildbürgerstreich an», kritisierte Erich Hasler (NF). Angesichts des geplanten Stadttunnels in Feldkirch forderte er die Regierung zum Handeln auf: «Es ist höchste Zeit, dass wir wieder einmal ein grosses Projekt in die Hand nehmen und den Unterländer Verkehr entlasten.» Das müsse man sich leisten können, doch eine «Pflästerchenpolitik um das Gebäude herum» bringe nichts. Die anderen Abgeordneten pflichteten ihm bei.

Gary Kaufmann